



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

60. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 2. August 2006

Nummer 20

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
20320	5. 7. 2006	Verordnung über die Gewährung von Leistungsbezügen an Professorinnen und Professoren der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen (FHR-Leistungsbezügeverordnung – FHRLeistBVO)	348
301	4. 7. 2006	Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 163 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 2 und § 170a Abs. 2 i.V.m. §§ 163 Abs. 1, 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (ZVG) (Delegations-VO – §§ 163, 170a ZVG)	349
301	4. 7. 2006	Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 93 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes (Delegations-VO – § 93 GVG)	349
602	4. 7. 2006	Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008	349
631	9. 6. 2006	Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach der Landeshaushaltsordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales	354
75	4. 7. 2006	Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung, der Energieverbrauchshöchstwertverordnung und der PKW-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Energieverbrauchskennzeichnung-ZuständigkeitsVO – EnVK ZustVO)	355
7843	4. 7. 2006	Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz	355
820	4. 7. 2006	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen	356
	22. 6. 2006	Bekanntmachung des Landtags („Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung“)	356
	22. 6. 2006	Bekanntmachung des Landtags („Volksinitiative NRW 2006 – gegen Kürzung der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien“)	356
	24. 7. 2006	Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2006	356
	25. 7. 2006	Berichtigung der Bekanntmachung der Genehmigung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Sachlicher Teilabschnitt „Vorbeugender Hochwasserschutz“ – Teil 1 vom 7. Juli 2006	358

Die neuen CD-ROM's „SGV. NRW.“ und „SMBL. NRW.“, Stand 1. Juli 2006, sind Anfang August erhältlich.

Bestellformulare im Internet-Angebot.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBL. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <http://sgv.im.nrw.de>. Hingewiesen wird auf den kostenlosen Service im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: <http://sgv.im.nrw.de>, dort: kostenloser Service.

20320

**Verordnung
über die Gewährung von Leistungsbezügen
an Professorinnen und Professoren
der Fachhochschule für Rechtspflege
Nordrhein-Westfalen
(FHR-Leistungsbezügeverordnung –
FHRLeistBVO)**

Vom 5. Juli 2006

Auf Grund des § 15 des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 2005 (GV. NRW. S. 154) wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung regelt die Grundsätze, das Verfahren und die Zuständigkeit der Gewährung von Leistungsbezügen nach Maßgabe des § 12 Landesbesoldungsgesetz an die Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen.

1. Abschnitt

§ 2

Allgemeines

(1) Leistungsbezüge sind Bestandteil der Besoldung. Sie tragen dazu bei, Professorinnen und Professoren gewinnen und halten zu können. Sie dienen der Sicherung besonders qualifizierter Lehrkräfte, auf die die Fachhochschule sowohl zur Qualitätssicherung als auch zur weiteren Entwicklung angewiesen ist, und sollen besondere Leistungen in Lehre und Forschung honorieren.

(2) Leistungsbezüge können vergeben werden aus Anlass

- a) der Berufung (§ 12 Abs. 1 Landesbesoldungsgesetz),
- b) des Verbleibs (§ 12 Abs. 1 Landesbesoldungsgesetz),
- c) einer besonderen Leistung (§ 12 Abs. 2 Landesbesoldungsgesetz).

§ 3

Berufungs-Leistungsbezüge

(1) Leistungsbezüge aus Anlass einer Berufung werden nur gewährt, wenn die Bewerberin/der Bewerber sonst nicht gewonnen werden kann.

(2) Bei der Entscheidung über die Vergabe sind insbesondere die individuelle Qualifikation, die Bewerberlage und die Arbeitsmarktsituation, einschlägige berufliche Erfahrung in der Justiz sowie die bisherige Verwendung in der Aus- und/oder Fortbildung zu berücksichtigen. Neben den nach § 12 Abs. 1 Landesbesoldungsgesetz zu berücksichtigenden Kriterien können in der Fachhochschulordnung weitere Kriterien insbesondere mit Blick auf die Bedeutung des Fachbereichs aufgestellt werden.

(3) Berufungs-Leistungsbezüge sind in der Regel unbefristet zu gewähren. Dies gilt insbesondere, wenn sie eine auf Grund der Berufung eintretende Einkommensminderung ausgleichen. Bei der Bemessung der Berufungs-Leistungsbezüge kann – im Einzelfall auch bei der Erstberufung – die Ausgestaltung des bisherigen Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses angemessen berücksichtigt werden.

§ 4

Bleibe-Leistungsbezüge

(1) Bleibe-Leistungsbezüge können nur gewährt werden, wenn der Ruf einer anderen Hochschule oder das Einstellungsangebot eines anderen Arbeitgebers nachgewiesen wird. Bleibe-Leistungsbezüge sind innerhalb des in § 6 Abs. 2 bestimmten Rahmens nur dann in dem erforderlichen Maße anzubieten, wenn der Verbleib an der

Fachhochschule unerlässlich ist. Diese Voraussetzung liegt regelmäßig vor, wenn das Aufgabengebiet eine vorzeitige Beendigung der Tätigkeit nicht zulässt oder keine Aussicht besteht, geeignete Nachfolger spätestens drei Monate nach dem voraussichtlichen Ausscheiden zu finden.

(2) Bleibe-Leistungsbezüge sind in der Regel unbefristet zu gewähren.

§ 5

Besondere Leistungen

(1) Für besondere Leistungen im Sinne des § 12 Abs. 2 Landesbesoldungsgesetz, die in der Regel über mehrere Jahre erbracht worden sind, können besondere Leistungsbezüge gewährt werden. Neben den Leistungen im Hauptamt sind nur unentgeltliche Nebentätigkeiten zu berücksichtigen, die auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung des Dienstvorgesetzten ausgeübt werden oder an deren Übernahme der Dienstvorgesetzte ein dienstliches Interesse anerkannt hat.

(2) Als besondere Leistungen im Sinne des § 12 Abs. 2 Landesbesoldungsgesetz können insbesondere anerkannt werden:

- a) Publikationen,
- b) Aufbau und Leitung von Forschungsvorhaben,
- c) Einführung neuer Lehr- und Lernmethoden,
- d) besonderes Engagement in der Fachbereichsleitung und Lehrplanarbeit,
- e) Gutachter- und Vortragstätigkeiten,
- f) Aufbau und Leitung wissenschaftlicher Arbeitsgruppen,
- g) Auszeichnungen, Preise,
- h) über die Lehrverpflichtung hinaus geleistete und auf diese nicht angerechnete Lehrtätigkeiten,
- i) Evaluationsergebnisse der Lehre,
- j) besonderes Engagement bei der Entwicklung von Fortbildungsangeboten
- k) Evaluationsergebnisse von Fortbildungsveranstaltungen.

(2) Leistungsbezüge für besondere Leistungen können nach Maßgabe des § 12 Abs. 2 Landesbesoldungsgesetz

- a) als Einmalzahlung,
- b) als monatliche Zahlungen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren befristet vergeben werden.

Eine Einmalzahlung ist insbesondere angezeigt, wenn die besondere Leistung erst im Laufe bzw. nach Abschluss einer Maßnahme in vollem Umfang als solche bewertet werden kann.

§ 6

Höhe der Leistungsbezüge

(1) Leistungsbezüge dürfen nur im Rahmen der Mittel gewährt werden, die für die Fachhochschule als Vergaberahmen (§ 34 BBesG) jährlich festgesetzt worden sind (§ 13 Landesbesoldungsgesetz).

(2) Leistungsbezüge können insgesamt bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Besoldungsgruppe W 2 und der letzten Dienstaltersstufe der Besoldungsgruppe A 16 festgesetzt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann der Höchstbetrag nach Satz 1 um bis zu 50 vom Hundert überschritten werden. Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen die Dienstbezüge in der zuvor ausgeübten Tätigkeit höher waren als das Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 16.

§ 7

Ruhegehaltfähigkeit

Befristet gewährte Leistungsbezüge können nach Maßgabe des § 12 Abs. 3 Landesbesoldungsgesetz mit Zustimmung des Justizministeriums für ruhegehaltfähig erklärt werden.

2. Abschnitt**§ 8****Zuständigkeit**

Über die Gewährung und die Höhe der Leistungsbezüge entscheidet die Direktorin oder der Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen. Sollen befristete Leistungsbezüge für ruhegehaltfähig erklärt werden, bedarf dies der Zustimmung des Justizministeriums.

§ 9**Verfahren**

(1) Leistungsbezüge aus Anlass einer besonderen Leistung (§ 5) können auch auf Antrag der Professorin oder des Professors vergeben werden. Der Antrag ist an die Direktorin oder den Direktor der Fachhochschule zu richten.

(2) Die Entscheidung über die Vergabe von Leistungsbezügen ist der Professorin oder dem Professor schriftlich bekannt zu geben und zu begründen. Sofern Leistungsbezüge auf Antrag gewährt werden sollen, ist innerhalb einer angemessenen Frist zu entscheiden.

(3) Für unbefristete Leistungsbezüge ist im Falle der Bewilligung auch über ihre Teilnahme an linearen Besoldungsanpassungen zu entscheiden.

3. Abschnitt**§ 10****In-Kraft-Treten und Außer-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2006 in Kraft. Sie tritt am 30. September 2011 außer Kraft.

Düsseldorf, den 5. Juli 2006

Die Justizministerin
des Landes Nordrhein-Westfalen

Roswitha Müller-Piepenkötter

– GV. NRW. 2006 S. 348

301

Verordnung

**über die Ermächtigung des Justizministeriums
zum Erlass von Rechtsverordnungen
nach § 163 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 2
und § 170a Abs. 2 i. V. m. §§ 163 Abs. 1, 1 Abs. 2
des Gesetzes über die Zwangsversteigerung
und die Zwangsverwaltung (ZVG)
(Delegations-VO – §§ 163, 170a ZVG)**

Vom 4. Juli 2006

Auf Grund des § 163 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 2 und § 170a Abs. 2 i.V.m. §§ 163 Abs. 1, 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (ZVG) vom 24. März 1897 (RGBl. S. 97 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl. S. 713), zuletzt geändert durch Artikel 58 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866), wird verordnet:

§ 1**Delegation**

Die Ermächtigung der Landesregierung, die Zwangsversteigerungssachen für eingetragene Schiffe und Schiffsbauwerke einem Amtsgericht für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte zuzuweisen, wird auf das Justizministerium übertragen.

§ 2**In-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Juli 2006

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Dr. Jürgen Rüttgers

Die Justizministerin

Roswitha Müller-Piepenkötter

– GV. NRW. 2006 S. 349

301

**Verordnung
über die Ermächtigung des Justizministeriums
zum Erlass von Rechtsverordnungen
nach § 93 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes
(Delegations-VO – § 93 GVG)**

Vom 4. Juli 2006

Auf Grund des § 93 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes, zuletzt geändert durch Artikel 17 Nr. 3 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866), wird verordnet:

§ 1**Delegation**

Die Ermächtigung der Landesregierung, durch Rechtsverordnung bei den Landgerichten für deren Bezirke oder für örtlich abgegrenzte Teile davon Kammern für Handelssachen zu bilden, wird auf das Justizministerium übertragen.

§ 2**In-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Juli 2006

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Dr. Jürgen Rüttgers

Die Justizministerin

Roswitha Müller-Piepenkötter

– GV. NRW. 2006 S. 349

602

**Verordnung
über die Aufteilung und Auszahlung
des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer
und die Abführung der Gewerbesteuerumlage
für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008**

Vom 4. Juli 2006

Aufgrund der §§ 2, 4, 5 und 6 Abs. 8 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2001 (BGBl. I S. 482), zuletzt geändert

durch das Siebente Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1090), wird Folgendes verordnet:

§ 1

Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer

Der auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen entfallende Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 nach dem in der

Anlage 1

Anlage 1 festgesetzten Schlüssel aufgeteilt.

§ 2

Berichtigung bei fehlerhaftem Verteilungsschlüssel

(1) Ausgleichsbeträge nach § 4 Abs. 1 Gemeindefinanzreformgesetz werden nach Ergänzungsschlüsselzahlen errechnet. Ergänzungsschlüsselzahlen sind die in einer Dezimalzahl ausgedrückten Anteile der einzelnen Gemeinden an dem nach § 1 Gemeindefinanzreformgesetz auf die Gemeinden des Landes entfallenden Steuerertrag, um die die in der Anlage 1 zu § 1 genannten Anteile zu hoch oder zu niedrig festgesetzt worden sind. Die Ergänzungsschlüsselzahlen sind auf acht Stellen hinter dem Komma zu berechnen und auf sieben Stellen zu runden.

(2) Die Ergänzungsschlüsselzahlen sind vom Innenministerium und vom Finanzministerium unter Berücksichtigung des § 3 Gemeindefinanzreformgesetz und der Verordnung des Bundesministers der Finanzen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer für die Jahre 2006, 2007 und 2008 vom 27. September 2005 (BGBl. I S. 2904) festzusetzen.

(3) Der Ausgleich des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer aufgrund von Ergänzungsschlüsselzahlen ist zu den in § 3 Abs. 1 Satz 2 festgesetzten Terminen durchzuführen. Ausgleichsbeträge sind aus dem Gesamtbetrag des Gemeindeanteils vor der Aufteilung zu entnehmen, zurückzuzahlende Beträge sind dem Gesamtbetrag zuzuführen.

§ 3

Anweisungstermine

(1) Auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für die einzelnen Haushaltsjahre erhalten die Gemeinden die Abschlagszahlungen. Diese sind im April, Juli und Oktober am jeweils letzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor Ultimo, im Dezember am vorletzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor dem 24. Dezember anzuweisen. Die Höhe der Abschlagszahlungen ist unter Berücksichtigung des vierteljährlichen Ist-Aufkommens an Lohnsteuer, veranlagter Einkommensteuer sowie des Zinsabschlags zu berechnen. Eine Vorauszahlung auf die Abrechnung ist im jeweils vierten Quartal in Höhe der Abschlagszahlung für das jeweils dritte Quartal anzuweisen.

(2) Die Schlusszahlung aus der Abrechnung erfolgt am jeweils letzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor Ultimo im Januar des folgenden Haushaltsjahres. Ein bei der Abrechnung eventuell entstehender Differenzbetrag wird bei der Abrechnung des jeweils folgenden Haushaltsjahres berücksichtigt.

§ 4

Berechnung und Anweisung

(1) Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach § 1, Ausgleichsbeträge nach § 2, Zahlungen nach § 3 und die Gewerbesteuerumlage sind vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zu berechnen.

(2) Das Innenministerium stellt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die anzuweisenden Beträge fest und regelt die Auszahlung an die Gemeinden.

§ 5

Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens (Gewerbesteuerumlage)

(1) Die Gemeinden melden dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zu den in **Anlage 2** festgesetzten Terminen die aufgrund von § 6 Gemeindefinanzreformgesetz anfallende Gewerbesteuerumlage des gesamten Kalenderjahres für die Abrechnung, der drei vorhergehenden Kalendervierteljahre für die Abschlagszahlungen sowie die jeweiligen Berechnungsgrundlagen der Gewerbesteuerumlage.

Anlage 2

(2) Zu den in Anlage 2 festgesetzten Terminen haben die Gemeinden darüber hinaus dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zu melden, welcher Anteil des Gesamtbetrages nach Absatz 1 auf die Erhöhungszahlen nach § 6 Abs. 3 und 5 Gemeindefinanzreformgesetz entfällt.

(3) Die Gewerbesteuerumlage ist mit dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu verrechnen.

(4) Vorauszahlungen auf die Abrechnung sind im jeweils vierten Quartal zu den in § 3 Abs. 1 Satz 2 festgesetzten Terminen in Höhe der Abschlagszahlungen für das jeweils dritte Quartal zu leisten, jedoch nicht mehr, als der nach § 3 Abs. 1 Satz 4 jeweils anzuweisende Betrag.

(5) Die Abrechnung erfolgt zu dem in § 3 Abs. 2 Satz 1 festgesetzten Termin.

(6) Das Innenministerium und das Finanzministerium geben die anzuwendende Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz bekannt und regeln die Form der Meldungen nach Absatz 1 und 2.

§ 6

Berichtigung der Gewerbesteuerumlage

(1) Zu erstattende Beträge oder nachzuzahlende Beträge, die sich durch eine fehlerhafte Meldung oder eine Änderung der Berechnungsgrundlagen ergeben, sind dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen unter Angabe der geänderten Berechnungsgrundlagen anzuzeigen. Die Meldungen sind bis zum 15. November, der auf die Feststellung der fehlerhaften Berechnung folgt, vorzulegen.

(2) Zu erstattende Beträge oder nachzuzahlende Beträge nach Absatz 1 werden im Rahmen der jährlichen Abrechnung für die Gewerbesteuerumlage ausgeglichen.

§ 7

Erlass von Verwaltungsvorschriften

Das Innenministerium und das Finanzministerium werden ermächtigt, die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

§ 8

In-Kraft-Treten, Befristung und Aufhebungen

(1) Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 26. Juli 2006 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Januar 2009 außer Kraft.

(2) Für den Fall, dass die Rechtsverordnung des Bundes nach § 3 Abs. 3 Gemeindefinanzreformgesetz, aufgrund derer die Schlüsselzahlen für die Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 ermittelt werden, bis zum 31.1.2009 noch nicht in Kraft getreten ist, gilt diese Verordnung über den in Absatz 1 genannten Zeitpunkt hinaus für das Haushaltsjahr 2009. Die Abschlagszahlungen, die zu den in § 3 Abs. 1 Satz 2 festgesetzten Terminen fällig werden, sind mit der ersten ordentlichen Zahlung zu verrechnen.

(3) Die aufgrund der Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 vom 28. März 2006 (GV. NRW. S. 131) im April geleistete Zahlung gilt als Abschlagszahlung im Sinne des § 3 Abs. 1 für April 2006.

(4) Mit In-Kraft-Treten dieser Verordnung treten die Verordnungen über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2003, 2004 und 2005 vom 8. Juli 2003 (GV. NRW S. 383) und für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 vom 28. März 2006 (GV. NRW S. 131) außer Kraft.

Düsseldorf, den 4. Juli 2006

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Dr. Jürgen R ü t t g e r s

Der Finanzminister
Dr. Helmut L i n s s e n

Der Innenminister
Dr. Ingo W o l f

Anlage 1

Schlüsselzahlen gem § 1 Abs. 2

Regio	Gemeinde	Schlüsselzahl
111000	Düsseldorf, kreisfreie Stadt	0,0391841
112000	Duisburg, kreisfreie Stadt	0,0221884
113000	Essen, kreisfreie Stadt	0,0323126
114000	Krefeld, kreisfreie Stadt	0,0128349
116000	Mönchengladbach, krfr. Stadt	0,0140660
117000	Mülheim a.d. Ruhr, krfr. Stadt	0,0109110
119000	Oberhausen, kreisfreie Stadt	0,0107057
120000	Remscheid, kreisfreie Stadt	0,0067397
122000	Solingen, kreisfreie Stadt	0,0094222
124000	Wuppertal, kreisfreie Stadt	0,0203063
313000	Aachen, kreisfreie Stadt	0,0131769
314000	Bonn, kreisfreie Stadt	0,0202858
315000	Köln, kreisfreie Stadt	0,0606140
316000	Leverkusen, kreisfreie Stadt	0,0100651
512000	Bottrop, kreisfreie Stadt	0,0060411
513000	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	0,0112475
515000	Münster, krfr. Stadt	0,0170879
711000	Bielefeld, kreisfreie Stadt	0,0172319
911000	Bochum, kreisfreie Stadt	0,0207513
913000	Dortmund, kreisfreie Stadt	0,0285288
914000	Hagen, kreisfreie Stadt	0,0100878
915000	Hamm, kreisfreie Stadt	0,0077150
916000	Herne, kreisfreie Stadt	0,0072194
154004	Bedburg-Hau	0,0006181
154008	Emmerich am Rhein, Stadt	0,0013398
154012	Geldern, Stadt	0,0018171
154016	Goch, Stadt	0,0015455
154020	Issum	0,0007123
154024	Kalkar, Stadt	0,0006161
154028	Kerken	0,0007733
154032	Kevelaer, Stadt	0,0013235
154036	Kleve, Stadt	0,0022653
154040	Kranenburg	0,0003847
154044	Rees, Stadt	0,0010280
154048	Rheurdt	0,0004156
154052	Straelen, Stadt	0,0008316
154056	Uedem	0,0003789
154060	Wachtendonk	0,0004810
154064	Weeze	0,0003669
158004	Erkrath, Stadt	0,0035903
158008	Haan, Stadt	0,0022853

Regio	Gemeinde	Schlüsselzahl
158012	Heiligenhaus, Stadt	0,0017951
158016	Hilden, Stadt	0,0042109
158020	Langenfeld (Rhld.), Stadt	0,0043277
158024	Mettmann, Stadt	0,0027604
158026	Monheim am Rhein, Stadt	0,0026739
158028	Ratingen, Stadt	0,0072971
158032	Velbert, Stadt	0,0052438
158036	Wülfrath, Stadt	0,0014626
162004	Dormagen, Stadt	0,0042247
162008	Grevenbroich, Stadt	0,0040574
162012	Jüchen	0,0013518
162016	Kaarst, Stadt	0,0034274
162020	Korschenbroich, Stadt	0,0026135
162022	Meerbusch, Stadt	0,0047963
162024	Neuss, Stadt	0,0097832
162028	Rommerskirchen	0,0008428
166004	Brüggen	0,0009011
166008	Grefrath	0,0009342
166012	Kempfen, Stadt	0,0022823
166016	Nettetal, Stadt	0,0023172
166020	Niederkrüchten	0,0008933
166024	Schwalmtal	0,0011273
166028	Tönisvorst, Stadt	0,0020822
166032	Viersen, Stadt	0,0041035
166036	Willich, Stadt	0,0034085
170004	Alpen	0,0007810
170008	Dinslaken, Stadt	0,0041819
170012	Hamminkeln	0,0015150
170016	Hünxe	0,0009198
170020	Kamp-Lintfort, Stadt	0,0015829
170024	Moers, Stadt	0,0059680
170028	Neukirchen-Vluyn, Stadt	0,0016076
170032	Rheinberg, Stadt	0,0019451
170036	Schermbeck	0,0008343
170040	Sonsbeck	0,0004400
170044	Voerde (Niederrhein), Stadt	0,0020637
170048	Wesel, Stadt	0,0032370
170052	Xanten, Stadt	0,0011111
354004	Alsdorf, Stadt	0,0019290
354008	Baesweiler, Stadt	0,0011395
354012	Eschweiler, Stadt	0,0027846
354016	Herzogenrath, Stadt	0,0025108
354020	Monschau, Stadt	0,0006801
354024	Roetgen	0,0006189
354028	Simmerath	0,0008211
354032	Stolberg (Rhld.), Stadt	0,0029874
354036	Würselen, Stadt	0,0021313
358004	Aldenhoven	0,0006634
358008	Düren, Stadt	0,0041578
358012	Heimbach, Stadt	0,0002186
358016	Hürtgenwald	0,0005429
358020	Inden	0,0004390
358024	Jülich, Stadt	0,0019916
358028	Kreuzau	0,0011045
358032	Langerwehe	0,0008272
358036	Linnich, Stadt	0,0006880
358040	Merzenich	0,0005833
358044	Nideggen, Stadt	0,0005712
358048	Niederzier	0,0007634
358052	Nörvenich	0,0006437
358056	Titz	0,0005209
358060	Vettweiß	0,0004900
362004	Bedburg, Stadt	0,0014082
362008	Bergheim, Stadt	0,0036843
362012	Brühl, Stadt	0,0028586
362016	Elsdorf	0,0012854
362020	Erftstadt, Stadt	0,0035407
362024	Frechen, Stadt	0,0032377
362028	Hürth, Stadt	0,0036002
362032	Kerpen, Stadt	0,0039736

Regio	Gemeinde	Schlüsselzahl	Regio	Gemeinde	Schlüsselzahl
362036	Pulheim, Stadt	0,0044313	554032	Isselburg, Stadt	0,0005241
362040	Wesseling, Stadt	0,0021153	554036	Legden	0,0002852
366004	Bad Münstereifel, Stadt	0,0010211	554040	Raesfeld	0,0006167
366008	Blankenheim	0,0003639	554044	Reken	0,0007530
366012	Dahlem	0,0001900	554048	Rhede, Stadt	0,0010170
366016	Euskirchen, Stadt	0,0030028	554052	Schöppingen	0,0002796
366020	Hellenthal	0,0003833	554056	Stadtlohn, Stadt	0,0009695
366024	Kall	0,0005649	554060	Südlohn	0,0004086
366028	Mechernich, Stadt	0,0014237	554064	Velen	0,0006126
366032	Nettersheim	0,0004023	554068	Vreden, Stadt	0,0009984
366036	Schleiden, Stadt	0,0006709	558004	Ascheberg	0,0008639
366040	Weilerswist	0,0010810	558008	Billerbeck, Stadt	0,0006105
366044	Zülpich, Stadt	0,0010828	558012	Coesfeld, Stadt	0,0019285
370004	Erkelenz, Stadt	0,0024424	558016	Dülmen, Stadt	0,0024967
370008	Gangelt	0,0004723	558020	Havixbeck	0,0007489
370012	Geilenkirchen, Stadt	0,0013004	558024	Lüdinghausen, Stadt	0,0013039
370016	Heinsberg (Rhld.), Stadt	0,0018306	558028	Nordkirchen	0,0005760
370020	Hückelhoven, Stadt	0,0015149	558032	Nottuln	0,0011952
370024	Selfkant	0,0003482	558036	Olfen, Stadt	0,0006719
370028	Übach-Palenberg, Stadt	0,0010005	558040	Rosendahl	0,0005000
370032	Waldfeucht	0,0003780	558044	Senden	0,0011456
370036	Wassenberg, Stadt	0,0007462	562004	Castrop-Rauxel, Stadt	0,0038206
370040	Wegberg, Stadt	0,0016581	562008	Datteln, Stadt	0,0017119
374004	Bergneustadt, Stadt	0,0009428	562012	Dorsten, Stadt	0,0044456
374008	Engelskirchen	0,0011947	562014	Gladbeck, Stadt	0,0034959
374012	Gummersbach, Stadt	0,0027604	562016	Haltern am See, Stadt	0,0023723
374016	Hückeswagen, Stadt	0,0009334	562020	Herten, Stadt	0,0030161
374020	Lindlar	0,0013190	562024	Marl, Stadt	0,0043941
374024	Marienheide	0,0007594	562028	Oer-Erkenschwick, Stadt	0,0013663
374028	Morsbach	0,0005023	562032	Recklinghausen, Stadt	0,0062093
374032	Nümbrecht	0,0008341	562036	Waltrop, Stadt	0,0016300
374036	Radevormwald, Stadt	0,0013985	566004	Altenberge	0,0006284
374040	Reichshof	0,0009819	566008	Emsdetten, Stadt	0,0018161
374044	Waldbröl, Stadt	0,0007757	566012	Greven, Stadt	0,0018490
374048	Wiehl, Stadt	0,0015558	566016	Hörstel, Stadt	0,0008939
374052	Wipperfurth, Stadt	0,0013404	566020	Hopsten	0,0003043
378004	Bergisch Gladbach, Stadt	0,0083769	566024	Horstmar, Stadt	0,0003109
378008	Burscheid, Stadt	0,0012784	566028	Ibbenbüren, Stadt	0,0023169
378012	Kürten	0,0013511	566032	Ladbergen	0,0003383
378016	Leichlingen (Rhld.), Stadt	0,0020268	566036	Laer	0,0003622
378020	Odenthal	0,0013299	566040	Lengerich, Stadt	0,0010944
378024	Overath, Stadt	0,0018640	566044	Lienen	0,0004554
378028	Rösrath, Stadt	0,0021330	566048	Lotte	0,0006588
378032	Wermelskirchen, Stadt	0,0024048	566052	Metelen	0,0002789
382004	Alfter	0,0015931	566056	Mettingen	0,0005694
382008	Bad Honnef, Stadt	0,0017445	566060	Neuenkirchen	0,0006132
382012	Bornheim, Stadt	0,0032222	566064	Nordwalde	0,0004663
382016	Eitorf	0,0009698	566068	Ochtrup, Stadt	0,0008474
382020	Hennef (Sieg), Stadt	0,0027767	566072	Recke	0,0004699
382024	Königswinter, Stadt	0,0029030	566076	Rheine, Stadt	0,0033667
382028	Lohmar	0,0021985	566080	Saerbeck	0,0003463
382032	Meckenheim, Stadt	0,0019325	566084	Steinfurt, Stadt	0,0016827
382036	Much	0,0008976	566088	Tecklenburg, Stadt	0,0005314
382040	Neunkirchen-Seelscheid	0,0013585	566092	Westerkappeln	0,0005517
382044	Niederkassel, Stadt	0,0024819	566096	Wettringen	0,0003470
382048	Rheinbach, Stadt	0,0017006	570004	Ahlen, Stadt	0,0022756
382052	Ruppichterorth	0,0005531	570008	Beckum, Stadt	0,0019817
382056	Sankt Augustin, Stadt	0,0038688	570012	Beelen	0,0003007
382060	Siegburg, Stadt	0,0023408	570016	Drensteinfurt, Stadt	0,0009108
382064	Swisttal	0,0011854	570020	Ennigerloh, Stadt	0,0010598
382068	Troisdorf, Stadt	0,0044450	570024	Everswinkel	0,0005594
382072	Wachtberg	0,0014995	570028	Oelde, Stadt	0,0017624
382076	Windeck	0,0008478	570032	Ostbevern	0,0005204
554004	Ahaus, Stadt	0,0017491	570036	Sassenberg, Stadt	0,0006640
554008	Bocholt, Stadt	0,0039697	570040	Sendenhorst, Stadt	0,0007461
554012	Borken, Stadt	0,0020831	570044	Telgte, Stadt	0,0011730
554016	Gescher, Stadt	0,0007601	570048	Wadersloh	0,0006606
554020	Gronau (Westf.), Stadt	0,0017652	570052	Warendorf, Stadt	0,0020882
554024	Heek	0,0003304	754004	Borgholzhausen, Stadt	0,0004660
554028	Heiden	0,0004253	754008	Gütersloh, Stadt	0,0057030

Regio	Gemeinde	Schlüsselzahl	Regio	Gemeinde	Schlüsselzahl
754012	Halle (Westf.), Stadt	0,0012337	954016	Hattingen, Stadt	0,0034130
754016	Harsewinkel, Stadt	0,0012734	954020	Herdecke, Stadt	0,0018289
754020	Herzebrock-Clarholz	0,0009360	954024	Schwelm, Stadt	0,0017781
754024	Langenberg	0,0004391	954028	Sprockhövel, Stadt	0,0019416
754028	Rheda-Wiedenbrück, Stadt	0,0026185	954032	Wetter (Ruhr), Stadt	0,0018166
754032	Rietberg, Stadt	0,0014808	954036	Witten, Stadt	0,0056654
754036	Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	0,0014931	958004	Arnsberg, Stadt	0,0042309
754040	Steinhagen	0,0012665	958008	Bestwig	0,0005511
754044	Verl	0,0014351	958012	Brilon, Stadt	0,0013321
754048	Versmold, Stadt	0,0010395	958016	Eslohe (Sauerland)	0,0004607
754052	Werther (Westf.), Stadt	0,0007173	958020	Hallenberg, Stadt	0,0002038
758004	Bünde, Stadt	0,0024818	958024	Marsberg, Stadt	0,0009809
758008	Enger, Stadt	0,0011672	958028	Medebach, Stadt	0,0003429
758012	Herford, Stadt	0,0034638	958032	Meschede, Stadt	0,0017272
758016	Hiddenhausen	0,0012162	958036	Olsberg, Stadt	0,0007724
758020	Kirchlengern	0,0009021	958040	Schmallenberg, Stadt	0,0012044
758024	Löhne, Stadt	0,0022102	958044	Sundern (Sauerland), Stadt	0,0016002
758028	Rödinghausen	0,0005676	958048	Winterberg, Stadt	0,0006109
758032	Spenge, Stadt	0,0009383	962004	Altena, Stadt	0,0011992
758036	Vlotho, Stadt	0,0011477	962008	Balve, Stadt	0,0007007
762004	Bad Driburg, Stadt	0,0008767	962012	Halver, Stadt	0,0010799
762008	Beverungen, Stadt	0,0005993	962016	Hemer, Stadt	0,0019923
762012	Borgentreich, Stadt	0,0003928	962020	Herscheid	0,0005320
762016	Brakel, Stadt	0,0007328	962024	Iserlohn, Stadt	0,0053280
762020	Höxter, Stadt	0,0014496	962028	Kierspe, Stadt	0,0009650
762024	Marienmünster, Stadt	0,0002221	962032	Lüdenscheid, Stadt	0,0046704
762028	Nieheim, Stadt	0,0002690	962036	Meinerzhagen, Stadt	0,0012073
762032	Steinheim, Stadt	0,0005875	962040	Menden (Sauerland), Stadt	0,0030138
762036	Warburg, Stadt	0,0011768	962044	Nachrodt-Wiblingwerde	0,0004149
762040	Willebadessen, Stadt	0,0003133	962048	Neuenrade, Stadt	0,0007510
766004	Augustdorf	0,0003730	962052	Plettenberg, Stadt	0,0017662
766008	Bad Salzuflen, Stadt	0,0028620	962056	Schalksmühle	0,0007962
766012	Barntrup, Stadt	0,0004375	962060	Werdohl, Stadt	0,0010684
766016	Blomberg, Stadt	0,0008775	966004	Attendorn, Stadt	0,0014186
766020	Detmold, Stadt	0,0041207	966008	Drolshagen, Stadt	0,0006820
766024	Dörentrup	0,0004136	966012	Finnentrop	0,0009129
766028	Extertal	0,0005973	966016	Kirchhundem	0,0006495
766032	Horn-Bad Meinberg, Stadt	0,0008434	966020	Lennestadt, Stadt	0,0013715
766036	Kalletal	0,0007098	966024	Olpe, Stadt	0,0015144
766040	Lage, Stadt	0,0017415	966028	Wenden	0,0010674
766044	Lemgo, Stadt	0,0021903	970004	Bad Berleburg, Stadt	0,0011106
766048	Leopoldshöhe	0,0009320	970008	Burbach	0,0007548
766052	Lügde, Stadt	0,0004604	970012	Erndtebrück	0,0004303
766056	Oerlinghausen, Stadt	0,0011333	970016	Freudenberg, Stadt	0,0010395
766060	Schieder-Schwalenberg, Stadt	0,0004207	970020	Hilchenbach, Stadt	0,0009585
766064	Schlangen	0,0004432	970024	Kreuztal, Stadt	0,0016473
770004	Bad Oeynhausen, Stadt	0,0026770	970028	Bad Laasphe, Stadt	0,0007997
770008	Espelkamp, Stadt	0,0009495	970032	Netphen, Stadt	0,0014935
770012	Hille	0,0009252	970036	Neunkirchen	0,0007147
770016	Hüllhorst	0,0007209	970040	Siegen, Stadt	0,0053177
770020	Lübbecke, Stadt	0,0014327	970044	Wilnsdorf	0,0013499
770024	Minden, Stadt	0,0041178	974004	Anröchte	0,0005594
770028	Petershagen, Stadt	0,0013338	974008	Bad Sassendorf	0,0005583
770032	Porta Westfalica, Stadt	0,0018948	974012	Ense	0,0006873
770036	Preußisch Oldendorf, Stadt	0,0006185	974016	Erwitte, Stadt	0,0008846
770040	Rahden, Stadt	0,0007586	974020	Geseke, Stadt	0,0009736
770044	Stemwede	0,0006869	974024	Lippetal	0,0006219
774004	Altenbeken	0,0004404	974028	Lippstadt, Stadt	0,0037193
774008	Bad Lippspringe, Stadt	0,0006966	974032	Möhnesee	0,0006481
774012	Borchen	0,0007344	974036	Rüthen, Stadt	0,0006211
774016	Büren, Stadt	0,0010632	974040	Soest, Stadt	0,0024907
774020	Delbrück, Stadt	0,0015114	974044	Warstein, Stadt	0,0015488
774024	Hövelhof	0,0008062	974048	Welter	0,0006834
774028	Lichtenau, Stadt	0,0005120	974052	Werl, Stadt	0,0013887
774032	Paderborn, Stadt	0,0072203	974056	Wickede (Ruhr)	0,0005811
774036	Salzkotten, Stadt	0,0012720	978004	Bergkamen, Stadt	0,0020910
774040	Bad Wünnenberg, Stadt	0,0005413	978008	Bönen	0,0008191
954004	Breckerfeld, Stadt	0,0006169	978012	Fröndenberg/Ruhr, Stadt	0,0012748
954008	Ennepetal, Stadt	0,0020391	978016	Holzwickede	0,0011118
954012	Gevelsberg, Stadt	0,0019951	978020	Kamen, Stadt	0,0023838

Regio	Gemeinde	Schlüsselzahl
978024	Lünen, Stadt	0,0037868
978028	Schwerte, Stadt	0,0030655
978032	Selm, Stadt	0,0012888
978036	Unna, Stadt	0,0035181
978040	Werne, Stadt	0,0017175
		1,00000000000

Anlage 2 zu § 5

Die Gewerbesteuerumlage ist für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 bis zu den folgenden Terminen dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen zu melden:

Haushaltsjahr 2006

Abschlagszahlungen für das

1. Quartal am	3. April 2006
2. Quartal am	3. Juli 2006
3. Quartal am	2. Oktober 2006
Schlussabrechnung am	8. Januar 2007

Haushaltsjahr 2007

Abschlagszahlungen für das

1. Quartal am	2. April 2007
2. Quartal am	2. Juli 2007
3. Quartal am	1. Oktober 2007
Schlussabrechnung am	7. Januar 2008

Haushaltsjahr 2008

Abschlagszahlungen für das

1. Quartal am	7. April 2008
2. Quartal am	7. Juli 2008
3. Quartal am	6. Oktober 2008
Schlussabrechnung am	5. Januar 2009

– GV. NRW. 2006 S. 349

631

Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach der Landeshaushaltsordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Vom 9. Juni 2006

Aufgrund der §§ 57 Satz 2, § 58 Abs. 1 Satz 2 und § 59 Abs. 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 2. Juli 2002 (GV. NRW. S. 284), wird für meinen Geschäftsbereich – soweit erforderlich mit Zustimmung des Finanzministeriums – verordnet:

§ 1

Meine Befugnis, Ansprüche

1. gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 1 Landeshaushaltsordnung bei Beträgen
 - a) bis zu **100.000 EUR** mit einer Stundungsdauer von bis zu **18 Monaten** und
 - b) bis zu **40.000 EUR** mit einer Stundungsdauer von bis zu **36 Monaten** zu stunden,

2. gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 2 Landeshaushaltsordnung im Falle einer
 - a) **befristeten Niederschlagung** bei Beträgen bis zu **75.000 EUR** und
 - b) **unbefristeten Niederschlagung** bei Beträgen bis zu **50.000 EUR** niederzuschlagen und

3. gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 3 Landeshaushaltsordnung bei Beträgen bis zu **25.000 EUR zu erlassen**

übertrage ich auf das **Landesversicherungsamt** und den **Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug** sowie auf den **Landchaftsverband Rheinland** und den **Landchaftsverband Westfalen-Lippe**, soweit sie Haushaltsmittel aus dem Einzelplan meines Hauses bewirtschaften.

§ 2

Meine Befugnis, Ansprüche

1. gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 1 Landeshaushaltsordnung bei Beträgen bis zu **50.000 EUR** mit einer Stundungsdauer von bis zu **18 Monaten** zu stunden,
2. gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 2 Landeshaushaltsordnung im Falle einer
 - a) **befristeten Niederschlagung** bei Beträgen bis zu **35.000 EUR** und
 - b) **unbefristeten Niederschlagung** bei Beträgen bis zu **20.000 EUR** niederzuschlagen und
3. gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 3 Landeshaushaltsordnung bei Beträgen bis zu **10.000 EUR zu erlassen** übertrage ich auf die **Versorgungsämter, die staatlichen Ämter für Arbeitsschutz, das Staatliche Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz OWL (Abteilung Arbeitsschutz)** sowie auf die **Einrichtungen meines Geschäftsbereichs**.

§ 3

Die Verordnung des Innenministeriums zur Übertragung von Befugnissen nach den §§ 57 bis 59 der Landeshaushaltsordnung vom 23. März 2004 (GV. NRW. S. 208) in der jeweils geltenden Fassung gilt auch für die von den **Bezirksregierungen** wahrzunehmenden Aufgaben meines Geschäftsbereichs.

§ 4

Die Übertragung der Befugnisse gilt nicht bei Fällen von grundsätzlicher Bedeutung. In diesen Fällen ist meine vorherige Zustimmung einzuholen, es sei denn, dass infolge der hierdurch eintretenden Verzögerung für das Land ein finanzieller Schaden entstehen würde. Im Übrigen gelten die in den Verwaltungsvorschriften zu § 59 Landeshaushaltsordnung getroffenen Regelungen.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft. Die Verordnung des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit vom 8. Februar 1999 (GV. NRW. S. 56), zuletzt geändert durch Artikel 81 des Gesetzes vom 25. September 2001 (GV. NRW. S. 708), wird gleichzeitig aufgehoben.

Düsseldorf, den 9. Juni 2006

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Karl-Josef Laumann

– GV. NRW. 2006 S. 354

75

**Verordnung
über die Zuständigkeiten nach der
Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung,
der Energieverbrauchshöchstwertverordnung
und der PKW-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung
(Energieverbrauchskennzeichnung –
ZuständigkeitsVO – EnVK ZustVO)**

Vom 4. Juli 2006

Aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel III des Gesetzes vom 1. März 2005 (GV. NRW. S. 69), insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform und des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landtags, und des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 8 des Gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), wird verordnet:

§ 1

Zuständige Behörde

1. für die Überwachung
 - a) der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung vom 30. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2616), insbesondere für die Wahrnehmung von Befugnissen gemäß § 8 der Verordnung,
 - b) der Energieverbrauchshöchstwertverordnung vom 6. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4517), insbesondere für die Wahrnehmung von Befugnissen gemäß § 6 der Verordnung, und
 - c) der PKW-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung vom 28. Mai 2004 (BGBl. I S. 1037),
2. für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 2 Abs. 1 des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes vom 30. Januar 2002 (BGBl. I S. 570) in Verbindung mit
 - a) § 9 der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung,
 - b) § 7 der Energieverbrauchshöchstwertverordnung und
 - c) § 7 der PKW-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung

ist der Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen.

§ 2

Die Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung und der Energieverbrauchshöchstwertverordnung (Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung – ZuständigkeitsVO – EnVK ZustVO) vom 14. Dezember 1999 (GV. NRW. S. 706), geändert durch Artikel 132 des Vierten Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 332), wird aufgehoben.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

Düsseldorf, den 4. Juli 2006

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.)

Dr. Jürgen Rüttgers

Die Ministerin
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Christa Thoben

– GV. NRW. 2006 S. 355

7843

**Verordnung zur Änderung
der Durchführungsverordnung
zum Vieh- und Fleischgesetz**

Vom 4. Juli 2006

Artikel 1

Die Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz vom 2. Juli 1992 (GV. NRW. S. 279), geändert durch Artikel 106a des Fünften Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 351), wird wie folgt geändert:

In § 5 erhält Satz 2 folgende Fassung: „Sie tritt mit Ablauf des 30. Juni 2008 außer Kraft.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Diese Verordnung wird erlassen

- a) von der Landesregierung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel III des Gesetzes vom 1. März 2005 (GV. NRW. S. 62), insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landtags sowie aufgrund des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220),
- b) vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aufgrund des § 14b Abs. 3 und 14d des Vieh- und Fleischgesetzes vom 25. April 1951 (BGBl. I S. 272), in der jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit § 1 der Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz (GV. NRW. S. 279), geändert durch Artikel 106a des Fünften Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 351) sowie aufgrund des § 21 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung über die Übertragung von Ermächtigungen der Landesregierung zum Erlass von Rechtsverordnungen vom 17. Oktober 1961 (GV. NRW. S. 285).

Düsseldorf, den 4. Juli 2006

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.)

Dr. Jürgen Rüttgers

Der Minister
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Eckhard Uhlenberg

– GV. NRW. 2006 S. 355

820

**Erste Verordnung zur Änderung
der Verordnung über die Organisation
der Unfallversicherungsträger
der öffentlichen Hand in Nordrhein-
Westfalen**

Vom 4. Juli 2006

Aufgrund des § 128 Abs. 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2005 (BGBl. I S. 2729), wird verordnet:

Artikel 1

§ 2 der Verordnung über die Organisation der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen vom 4. November 1997 (GV. NRW. S. 382), geändert durch Artikel 159 des Vierten Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 332), wird wie folgt geändert:

„§ 2

**Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit
der Unfallversicherungsträger im kommunalen Bereich**

Der Rheinische Gemeindeunfallversicherungsverband und der Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe sind, soweit nicht die Feuerwehr-Unfallkasse Nordrhein-Westfalen zuständig ist, in ihrem Bereich zuständig für die Versicherten nach § 128 Abs. 1 Nr. 6 (mit Ausnahme für die Beschäftigten in Hilfeleistungsunternehmen des Landes), Nr. 7 und Nr. 11 SGB VII.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. November 2006 in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Juli 2006

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Dr. Jürgen R ü t t g e r s

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Karl-Josef L a u m a n n

– GV. NRW. 2006 S. 356

Bekanntmachung

Vom 22. Juni 2006

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat gemäß § 4 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VIVBVEG) in seiner Sitzung am 22. Juni 2006 mehrheitlich folgenden Beschluss im Rahmen der Befassung mit der Volksinitiative „Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung“ gefasst:

„Das Anliegen der Volksinitiative wird abgelehnt. Der Landtag stellt fest, dass er die Volksinitiative damit abschließend behandelt hat.“

Die öffentliche Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt hiermit gemäß § 4 Abs. 5 Satz 3 VIVBVEG.

Düsseldorf, den 22. Juni 2006

Präsidentin des Landtags
Regina v a n D i n t h e r

– GV. NRW. 2006 S. 356

Bekanntmachung

Vom 22. Juni 2006

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat gemäß § 4 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VIVBVEG) in seiner Sitzung am 22. Juni 2006 mehrheitlich folgenden Beschluss im Rahmen der Befassung mit der Volksinitiative „Volksinitiative NRW 2006 – gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien“ gefasst:

„Das Anliegen der Volksinitiative wird abgelehnt. Der Landtag stellt fest, dass er die Volksinitiative damit abschließend behandelt hat.“

Die öffentliche Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt hiermit gemäß § 4 Abs. 5 Satz 3 VIVBVEG.

Düsseldorf, den 22. Juni 2006

Präsidentin des Landtags
Regina v a n D i n t h e r

– GV. NRW. 2006 S. 356

**Haushaltssatzung
des Landschaftsverbandes Rheinland
für das Haushaltsjahr 2006**

Vom 24. Juli 2006

1. Haushaltssatzung

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 23 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 306) in Verbindung mit §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 (Erster Teil) des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498) und § 9 des Gesetzes zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-Einführungsgesetz NRW – NKFEGR NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644), hat die Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland mit Beschluss vom 31. März 2006 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

(1) Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Landschaftsverbandes Rheinland voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält,

wird

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	2.697.940.300 EUR
in der Ausgabe auf	2.697.940.300 EUR

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	384.871.150 EUR
in der Ausgabe auf	384.871.150 EUR

festgesetzt.

(2) Für die gem. § 1 Abs. 3 i. V. m. § 6 Abs. 1 NKF Einführungsgesetz NRW auf das System der doppelten Buchführung umgestellten Pilotbereiche wird der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, der die für die Erfüllung der Aufgaben dieser Aufgabenbereiche voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält,

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	419.230.750 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.218.079.400 EUR
im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	386.580.800 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.214.172.050 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlung aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	14.607.000 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	23.490.050 EUR

festgesetzt.

Die festgesetzten zahlungswirksamen Gesamtbeträge sind bereits in den in Absatz 1 festgesetzten Einnahmen und Ausgaben enthalten.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen)/Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit erforderlich ist, wird auf 26.926.700 EUR festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben/-auszahlungen und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 36.003.400 EUR festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben/Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 350.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die gemäß § 22 der Landschaftsverbandsordnung zu erhebende Umlage wird auf 17,1 % der für das Haushaltsjahr 2006 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt.

Die Umlage ist in Monatsbeträgen jeweils zum 15. eines Monats zu zahlen.

§ 6

(1) Die im Stellenplan als künftig wegfallend (kw) bezeichneten Stellen dürfen nach Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberinnen bzw. Stelleninhaber zur Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach Ablauf der Ermäßigung der Arbeitszeit oder der Beurlaubung nach den Regelungen der §§ 85 a und

78b Landesbeamtengesetz bzw. des § 28 TVöD zur Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung zurückkehren, in Anspruch genommen werden.

(2) Die im Stellenplan ausgewiesenen Umwandlungsvermerke werden in der Weise erfüllt, dass mindestens jede dritte, freiwerdende, mit dem Vermerk versehene Planstelle der Besoldungsgruppe in eine Stelle der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln ist, und zwar fortwirkend bis zu der Besoldungsgruppe, für die die Obergrenzen noch nicht erreicht sind.

(3) Neben den im Haushaltsplan ausgebrachten Haushaltsvermerken gelten die in den Bestimmungen für die Ausführung des Haushaltsplanes festgelegten Regelungen.

Köln, den 31. März 2006

Dr. Wilhelm

Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland

Molsberger

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland
als Schriftführer der Landschaftsversammlung

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 wird gem. § 6 Abs. 2 Landschaftsverbandsordnung in der z. Zt. geltenden Fassung bekannt gemacht.

Gem. § 23 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 80 Abs. 5 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wurde die von der Landschaftsversammlung Rheinland am 31.03.2006 beschlossene Haushaltssatzung dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mit Bericht vom 13.04.2006 vorgelegt. Das Innenministerium hat den Beschluss der Landschaftsversammlung Rheinland über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 mit Erlass vom 5. Juli 2006 zur Kenntnis genommen.

Der Haushaltsplan wird zur Einsichtnahme verfügbar gehalten montags bis freitags bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses gem. § 96 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, jeweils von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr, im Landeshaus, Köln – Deutz, Kennedy-Ufer 2, Zimmer F 220.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 6 Abs. 3 Landschaftsverbandsordnung eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Direktor des Landschaftsverbandes hat den Beschluss der Landschaftsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber dem Landschaftsverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 24. Juli 2006

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland

Molsberger

**Berichtigung der Bekanntmachung
der Genehmigung des Regionalplans
für den Regierungsbezirk Köln,
Sachlicher Teilabschnitt
„Vorbeugender Hochwasserschutz“ – Teil 1
vom 7. Juli 2006
Vom 25. Juli 2006**

Die Bekanntmachung der Genehmigung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Sachlicher Teilabschnitt „Vorbeugender Hochwasserschutz“ – Teil 1 vom 7. Juli 2006 (GV. NRW. S. 331) wird wie folgt berichtigt:

In Absatz 4 dieser Bekanntmachung werden nach der Angabe „Rhein-Erft Kreis“, die Angabe „„ dem Rheinisch-Bergischen Kreis“ und nach der Angabe „kreisangehörigen Gemeinden“ die Angaben „„ dem Kreis Düren, den Gemeinden Nörvenich und Vettweiß“ eingefügt.

– GV. NRW. 2006 S. 358

Einzelpreis dieser Nummer 2,70 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359